

## CH\_VB 91.426 vom 30. September 1991

Bundesverwaltung, 1991-09-30, DE

Quelle: [https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch\\_vb\\_91.426](https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb_91.426)

FR: CH\_VB 91.426 du 30 septembre 1991

IT: CH\_VB 91.426 del 30 settembre 1991

### Erwägungen

#### E. 30

septembre 1991 sentlichen Bereichen keine Einnahmen mehr. Dann können sie schauen, wo Sie das Geld herholen. Es ist nämlich nicht so, dass wir erst seit heute darüber diskutieren. Herr Kollege Feigenwinter hat schon seit Jahren seine Vorstösse eingereicht, und diese haben wir alle unterstützt. Es ist nichts geschehen. Wir haben den Versuch unternommen, im Rahmen einer Gesamtkonzeption dieses Problem zu lösen. Der Souverän hat uns nicht recht gegeben. Jetzt müssen wir die Schlussfolgerungen ziehen. Meines Erachtens ist es ganz klar: Wir müssen diese Dinge trennen und dafür sorgen, dass diese wichtige Steuer wenigstens dort, wo es noch einigermassen geht, etwas bringt. Des weiteren müssen wir vor allem auf die Dauer an unsere Wirtschaft denken und die Massnahmen treffen, die nötig sind, damit bei uns überhaupt noch solche Aktivitäten stattfinden. Selbstverständlich kann man über diese oder jene Steuersatzreduktion diskutieren. Aber wenn Sie Monat für Monat die Entwicklung anschauen, so stellen Sie fest, dass sie dramatisch ist. Schuld ist nicht nur die Stempelabgabe, sondern auch die Konjunktur. Aber beides zusammen führt dazu, dass wir immer weniger Einnahmen haben. Nun müssen wir doch die Folgerungen daraus ziehen und das bereinigen. Das Schweizervolk hat entschieden. Es wollte diese Kombination von Einnahmen und Reduktion bei verschiedenen Stempelabgabesparten nicht, aus welchen Gründen auch immer - wir wissen das heute nur rudimentär. Aber eines ist klar: Zuwarten bringt uns gar nichts. Wir müssen nun endlich handeln, und zwar ist es unsere Aufgabe, nach so vielen Jahren jetzt das zu tun, von dem wir längstens wissen: Wir sollten es tun. Herr Bundesrat, Sie haben immer versucht, gewisse Dinge wieder einzubringen. Ich persönlich habe bereits Mühe, wenn wir Obligationenausgaben mit einer Emissionsabgabe belasten. Warum? Was belasten wir? Wenn ein Unternehmer Fremdkapital beschafft, belasten wir ihn. Dabei sollten wir ihm doch behilflich sein, Kapital zu beschaffen, damit er produktiv tätig wird. Ich akzeptiere es, weil auch ich die Bundesfinanzen sehe. Aber ich habe die grösste Mühe, dem zuzustimmen. Und nun kommen Sie und wollen wieder bei den Versicherungen zuschlagen. Das einzige Problem, das bei der letzten Abstimmung bei den Stempelabgaben umstritten war, betraf die Versicherungen. Wir müssen dieses Volksverdikt akzeptieren; das Schweizervolk wollte das nicht, also müssen wir darauf verzichten. Wir haben zahlreiche derartige Ueberlegungen anzustellen. Meines Erachtens geht es jetzt um eine langfristige Ueberlegung: Wollen wir, dass gewisse Aktivitäten in unserem Land noch stattfinden oder nicht? Wenn wir das wollen, müssen wir endlich handeln. Wenn wir das nicht wollen, dann halten wir an irgendwelchen imaginären Einnahmeverlusten fest und merken nach zwei Jahren, dass wir überhaupt keine Einnahmen mehr haben. Meines Erachtens geht es darum, nun die Folgerungen aus einer jahrelangen Entwicklung zu ziehen und endlich einen Schritt vorwärts zu machen. Ich bedaure mit Ihnen, Herr Bundesrat Stich, dass andere Reformvorschläge nicht durchgekommen sind. Weiss Gott, wie viele Jahre habe ich in diesem Rat für eine

moderne Steuer- ordnung gekämpft, auch für eine moderne Besteuerung der juristischen Personen. Das erste Mal, als ich damit gekommen bin, sind nicht einmal die Sozialdemokraten damit einverstan- den gewesen und haben mich bekämpft. Ich habe immer die gleiche Linie verfolgt. Aber wenn das Schweizervolk das bis jetzt abgelehnt hat, müssen wir doch nicht einen Unsinn wei- terführen, von dem wir überzeugt sind: Es bringt uns nichts. Deshalb bitte ich Sie, dieser Initiative zuzustimmen. Das bringt uns einen Schritt weiter, und wir bereinigen nun einen Teil un- serer Besteuerung, einen Teil, den wir schon lange hätten be- reinigen sollen. Ich könnte Ihnen noch viele Dinge zu allem Drum und Dran sa- gen. Ich könnte auch Herrn Leuenberger-Solothurn noch ei- nige Dinge sagen. Es ist ja erstaunlich, was er alles von sich gegeben hat. Aber, Herr Leuenberger, auch Sie müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Schweiz nicht der Nabel der Welt ist; vor allem diejenigen, die Sie apostrophiert haben, sind schon lange nicht mehr auf die Schweiz angewiesen. Sie ma- chen ihre Geschäfte dort, wo dies für sie vernünftig ist. Im übri- gen machen das auch zahlreiche Institutionen im Interesse ih- rer Klienten, nicht zuletzt der Versicherten, und das sind zahl- reiche Arbeitnehmer. Ich empfehle Ihnen Zustimmung zu dieser parlamentarischen Initiative, wie sie Ihnen die Kommission vorgelegt hat. Sie ma- chen damit einen wichtigen Schritt vorwärts, um unsere finanz- politische Ausgangslage auch für künftige Finanzordnungen zu bereinigen. Mit Steuerausfall hat das nur noch wenig zu tun; bald gibt es nämlich keinen Steuerausfall mehr! Persönliche Erklärung - Déclaration personnelle Rychen: Das Votum von Herrn Walter Biel war in Sachen Ab- schaffung der Stempelsteuer wohl richtig; da bin ich mit ihm einverstanden. Aber ich muss Ihnen sagen, Herr Biel: Der Aus- rutscher, der Ihnen passiert ist, muss korrigiert werden. Sie ha- ben von Wirtschaftsförderung des Kantons Bern für Omni/Rey gesprochen. Sie haben wahrscheinlich bewusst zwei Dinge verschwiegen - und das muss hier klargestellt werden:

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.